



Veranstaltungsreihe

Antidemokratische Landnahme in der Sozialen Arbeit

Soziale Arbeit ist Teil gesellschaftlicher Verhältnisse und politischer Öffentlichkeit. Entsprechend ist sie auch von Kämpfen um deren Gestaltung unmittelbar betroffen. Deshalb ist Soziale Arbeit auch aufgefordert, sich mit Ideologien der Ungleichwertigkeit auseinanderzusetzen. Angesprochen sind nicht nur manifest rassistische und völkisch-nationalistische Positionen, die die Soziale Arbeit historisch geprägt haben, sondern auch gegenwärtige, als autoritäre und antidemokratische Landnahmen beschreibbare Diskursverschiebungen. In der Veranstaltung wird gefragt, in welcher Weise sich Soziale Arbeit zu diesen Entwicklungen verhält, welche professions- und disziplintypischen Prämissen Anknüpfungspunkte für Ideologien der Ungleichwertigkeit bieten, in welchen Bereichen rechte Angriffe auf die Soziale Arbeit stattfinden und was emanzipatorische Antworten auf diese Herausforderungen sein können.

16.10.2023 Zwischen „Schnittstellen“ und „Antifaschismus“. Eine historische Spurensuche zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und rechten Bewegungen.

Maria Diedrich (HWG Ludwigshafen)

06.11.2023 Zur Entpolitisierung von Männlichkeiten in der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen in den 1990er Jahren.

Lucia Bruns & Esther Lehnert (ASH Berlin)

20.11.2023 Rechte Diskurse, rassistische Ausschlüsse und nationalistische Konfigurationen des Wohlfahrtsstaats.

Wiebke Dierkes (HS RheinMain)

04.12.2023 Politische Interventionen von rechts – 'sozioklimatisch' betrachtet. Befunde aus einem Forschungsprojekt zur Offenen Jugendarbeit.

Nils Schuhmacher (Uni Hamburg)

15.01.2024 Halb zog es sie, halb sank sie hin. Vom Emanzipationsanspruch der Jugendarbeit im Angesicht der völkisch-nationalistischen Konturierung von Gemeinwesen.

Kai Dietrich („MUT“ AGJF Sachsen)

22.01.2024 Der rechten Landnahme entgegentreten – Praxisbeispiele aus der antifaschistischen Bildungsarbeit.

Jan Groesdonk („Nie wieder Faschismus“ Bergkamen)

**Montags
18-20 Uhr
H 5**

Hinweis: Die Veranstaltenden behalten sich vor, Personen, die rechten Parteien oder Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu den Veranstaltungen zu verwehren oder auszuschließen. Bild- und/oder Tonaufnahmen (Kamera, Handy etc.) sind nicht zugelassen.